

Rorrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. Oktober 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 123.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Spießgesellen der Scharfmacher (Zur Charakteristik des „christlichen“ Gutenbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen), XI.

Das Bundgewerbe im Auslande: Dänemark. — Schweden. — Norwegen.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Statistik der Geistbehinderung.

Korrespondenzen: Annaberg-Buchholz. — Dresden. — Frankfurt a. M. — Hannover. — Karlsruhe (M. S.). — Rattowitz. — Mainz (M. W.). — Gau Weidenburg-Lübeck. — Stuttgart (R.).

Rundschau: Theodor Bömelburg J. — Ein komplizierter Neinsfall. — Rückgang der Leistungen. — Meißnerprüfung. — Geistesprüfungen in Berlin. — Warnung. — Über Schreiber-Gärten. — Bundesrat und Reichstimmung. — Gewerbegerichtsverfahren. — Anstellungsverhältnisse der Ortskrankenkassenbeamten. — Zur Streikbewegung im Ruhrrevier. — Vom Durcauftratismus. — Ausspernung. — Gewerkschaftsnachrichten.

Entwicklung des Tarifs im Interesse der Allgemeinheit und der weiteren Verbreitung des Tarifgedankens. Diese Drohung mit ihrer neuen Verdrängung der tariflichen Institutionen zielt auf weitere Denunziationen ab. Der Tarifausschuß, der vor elf Jahren schon einmal über das Treiben des Gutenbergbundes zu Gericht saß mit einem für diesen einfach schimpflichen Resultat, er wird an der jetzigen Art der bündlerischen Tarifgemeinschaftsförderung nicht mehr vorübergehen können, sondern muß zu diesen allen Tarifgemeinschaftsgegnern so willkommenen Anfeindungen unabweisbar Stellung nehmen. Die Expresspolitik des Gutenbergbundes und seiner Gefolgschaft darf nicht zu einer Begriffsverwechslung führen, als wären seine Ansprüche berechtigt und seine Kampfesweise ein der Tariffache wohlgefälliges Werk.

Bewerben Sie sich bei folgenden Firmen als Maschinenmeister:

1. Buchdruckerei G. König, Büneburg, Apothekenstr. 1.
2. Katala-Kompagnie Theodor Reichardt, G. m. b. H. (Gausbrucker), Hamburg-Wandsbek, Brauerstraße 6-14.
3. Buchdruckerei G. Maurer, Spiez (Schweiz).
4. Buchdruckerei H. Reß, Innsbruck (Tirol).

Es ist leicht möglich, daß Sie von einer der Firmen engagiert werden, wenn Sie umgehend Offerte einreichen. Mit kolleg. Gruß!

Gust. Witt.

Also national und international wird ein schwinghafter Nachweis betrieben. Außerdem wenden sich deutsche oder ausländische Prinzipale, die tarifliche oder andere Konflikte haben, direkt an im „Typ.“ inserierende Bündler oder sie suchen selbst in dem Bundesorgane den benötigten Ertrag. Wir wollen aus letzter Zeit da nur die Firma Julius Klinkhardt in Leipzig, die Stereotypen- und Galvanoplastiker als Streifbrotcher im „Typ.“ suchte, sowie Emil Schmoll in Teplitz (Böhmen) nennen, der nach Arbeitswilligen Ausschau hielt und sich mit der richtigen Witterung an inserierende Bündler wandte. Auch zeigt uns ein Briefbogen ohne Vordruck, datiert aus Leipzig, 27. Juni 1912, daß örtliche Bundesfunktionäre in der Arbeitsvermittlung regen Eifer entwickeln. Andre in unserm Besitz befindliche Postkarten, die den Eindruck machen, als ob es sich um bloße Mitteilungen von Kollegen an Kollegen handelt, stammen ebenfalls von örtlichen Bundeshäuptern, wie ein Nachsuchen im Adressenverzeichnis ergeben hat, und involvieren eine regelrechte Arbeitsvermittlung. Es sind uns auch Briefe zugegangen, wie die aufgeforderten Bündler sich dann bewerben. Auch kommt es vor, daß ein Bundesfunktionär die Zusammenholung von Arbeitskräften persönlich besorgt, wie es vor Monatsfrist der bekannte Bündler Albrecht aus Arnstadt (früher Schweidnitz) in Plauen i. V. getan oder versucht hat.

Es kann aber vorkommen, daß auch andere Kreise dem Gutenbergbund in der Unterbringung seiner Arbeitslosen ungehörigerweise behilflich sind. Ein Geschäft benötigte vor kurzem für einen erkrankten Gehilfen einer Aushilfe. Aus purem Versehen wird statt des den Arbeitsnachweis führenden Prinzipals der Leiter einer Zentrumsdruckerei angerufen, der in der Prinzipalsorganisation und in der Tarifgemeinschaft Unter besaß. Anstatt nun die Firma an den Arbeitsnachweis zu verweisen, sandte dieser ihr einen Gehilfen, der wohl nicht aus blankem Zufalle Bündler war. Der Mann wird auch eingestellt, aber nach vierstündiger Arbeit entlassen, weil er, wie die Firma erklärte, mit seinen Leistungen absolut nicht befriedigte. Der entlassene Bündler beglückt darauf die betreffende Firma mit folgendem ungezogenen Brief:

Ich möchte Sie nur kurz darauf aufmerksam machen, daß wir noch etwas miteinander abzumachen haben, Sie haben mich soweit für dauernd eingestellt, und wenigstens hätten Sie mir sollen bei Anfang der Arbeit sagen, daß Sie mich nur zur Aushilfe beschäftigen, indem also angenommen werden kann, daß ich für dauernd eingestellt werden sollte, verlange ich 14 Tage herausbezahlt. Sollten dieselben nach Verlauf der 14-tägigen Karenzzeit nicht an meine hienstehende Adresse eingezahlt werden, so werde ich auf gerichtlichem Wege, sowohl ich dasfelbe auch dem Prinzipalverein übergeben werde.

Sie dürfen ja nicht glauben, daß Gutenbergbund seine Mitglieder zum Mißbrauch einer Zentrumsdruckerei in . . . stellt. Denn der Gutenbergbund ist so gut existenzberechtigt wie der Verband. Aber das kann nur von der sozialdemokratischen Verbandsseite ausgehen. Ich an ihrer Stelle würde mich zu so was gar nicht fügen!

Damit aber nicht genug, erschienen zwei Bundesabgeordnete auf der Bildfläche, um sich nach den näheren Umständen zu erkundigen. Als sie den eigentlichen Sachverhalt erfuhr, entschuldigten sie sich mit dem Bemerkten, das laute wesentlich anders, als der Entlassene ihnen berichtet habe. Sie hatten jedoch auch den Redakteur schon „interpelliert“, ob nicht ein Terrorismusfall zu konstruieren wäre!

Mit dem „nichtbestehenden“ Bundesarbeitsnachweis verhält es sich also ebenso wie mit der Deutschen Buchdruckerverein gegenüber eingegangenen Verpflichtung, die Agitation nur von eignen Mitgliedern betreiben zu

Die Spießgesellen der Scharfmacher.

(Zur Charakteristik des „christlichen“ Gutenbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen.) XI.

Bündlerische Tarifgemeinschaftsförderung.

Das ehrenwerte Organ der wahren Tarifgemeinschaftsfreunde zeigt je länger je mehr eine Haltung, wie sie für den Gutenbergbund, der sich die Vaterhaft der gegenwärtigen Tariforganisation zuschreibt, höchst charakteristisch ist. Eine solche Haltung, daß zu heilfährlichen Verhalten dieser Art, das Gemeinwohl und die Gerechtigkeit ist, recht schlecht. Daß dieses auffällige Couragieren sein nur ein Secundäres jener Kreise und Kräfte ist, die systematisch das Tarifgemeinschaftsgebäude untergraben, unterliegt keinem Zweifel. Die offenbunden, oftmals mit den tariflichen Bestimmungen direkt kollidierende Begünstigung des Gutenbergbundes durch Zentrumsdruckereien findet in dem Sympathisieren des letzteren mit den Bestrebungen des Kreises II gern erstateten Dank. Nicht, was im Interesse der Tarifgemeinschaft gelegen ist, unterstützt die Bundesleitung, sondern alle destruktiven Tendenzen im Prinzipalslager können auf ihren Beifall rechnen.

In der Nummer vom 18. Oktober d. J. bringt z. B. der „Typ.“ einige vorläufige Zeilen über den Geschäftsbericht des Tarifamts. Die darin enthaltene objektive Würdigung der Treiberien des Gutenbergbundes und des Arbeitgeberverbandes gegen die Tarifinstanzen veranlassen das Bundesorgan zu der Perfidie, dieser Bericht lese sich wie eine Agitationsbrochure des Verbandes: „Man wird beim Lesen des Geschäftsberichts das Gefühl nicht los, daß der Verfasser, Geschäftsführer Schliebs, Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes ist.“ Als die „Zeitschrift“ im Mai d. J. in einem Artikel, dem die Leitung des Deutschen Buchdruckervereins ihr Platz gegeben hatte, über die unqualifizierbaren Angriffe des Gutenbergbundes und seines Organs gegen die Tariforgane einmal in aller Deutlichkeit das Notwendige gesagt hatte, da war das auch eine Agitation für den Verband. Der „Typ.“ macht aus der Publikation des Tarifamts nun ebenfalls eine Unterfütterung des „sozialdemokratischen Verbandes“, die sich der Geschäftsführer zu betreiben erlaubt, wofür kollege Schliebs, denn auch besonders herhalten muß, den man mit einer neuen, die früheren noch an Inzornie übertreffenden Verdrängung dafür regaliert. Es hieß die Prinzipals- und die Gehilfenmitglieder des Tarifamts beleidigen, wenn man sie gegen eine solche Definition, wie sie die M. Gladbacher Beschlageneit des „christlichen“ Jünglings Treffer für den Geschäftsbericht konstruiert, groß verteidigen würde, und Kollege Schliebs steht uns zu hoch, als daß zu seinem Schutze gegen derartigen Schmutz mehr zu sagen wäre. Wir erwähnen den neuesten Unfall nur als ein weiteres Symptom der wirklichen Tarifgemeinschaftsfeindlichkeit des Gutenbergbundes.

In den beiden Spezialnummern wird auch gegen die Tarifinstanzen wieder der schon oft gehörte Vorwurf erhoben, daß sie fortgesetzt dem Gutenbergbunde Schwermertigkeiten bereiten, den „sozialdemokratischen“ Verband aber weiter begünstigen:

Wir werden dafür zu sorgen haben, daß die Öffentlichkeit über diese Zustände, wie sie bei einer „neutralen“, „unparteiischen“ Behörde anzutreffen sind, weiter aufgeklärt wird, im Interesse einer gesunden

Der Bundesarbeitsnachweis, eine fortgesetzte Verletzung des Tarifs.

In dem Jahresberichte für 1910 vermahnt sich die Bundesleitung ganz entschieden gegen die Befahrung, der Gutenbergbund unterhalte seinen früheren besonderen Arbeitsnachweis im geheimen immer noch. Wie es aber in allen Stücken ist, so hat die Tarifgemeinschaftsförderung durch den Bund auch hier zwei Seiten.

Vor einigen Jahren konnte der „Korr.“ von dem bündlerischen Werbeapostel selber ein Schriftstück veröffentlicht, aus dem klar und zweifellos eine nicht geringe Tätigkeit mit Arbeitsvermittlung hervorging. Der Bundesleitung war diese Enthüllung sehr unangenehm, und man war einige Zeit etwas bestürzt. Das Bestreben der Tarifsache, daß andere Arbeitsnachweise die bündlerischen nicht bestehen dürfen, ist man aber trotzdem nicht nachgegeben.

Es ist an verschiedenen Orten aufgefallen, daß bei fast jeder notwendig werdenden Einstellung prompt ein Bündler einrückt, auch wenn noch so weit her. Auch heute noch beizügen Prinzipale den tariflichen Arbeitsnachweis nicht, um frei, d. h. Bündler engagieren zu können. Nach Trefferischer Logik — eine Begünstigung des Verbandes! Wir können auf die Fälle, wo bündlerische Faktoren es so einzurichten wissen, daß stets einer der Ihren untergebracht wird, nicht alle eingehen. Es handelt sich hier darum, die von dem Bundesvorstande selbst betriebene Arbeitsvermittlung an urchtlichen Beweisen darzulegen. Jeder bündlerische Ortskassierer hat vorgebrachte Arbeitslosenkarten zur Verfügung, auf denen genau zu vermerken ist, in welchem Grade der Arbeitslose beruflich tätig ist. Diese Karten müssen jeden Montag nach Berlin abgehandelt werden. Angeblich sollen sie nur den Zweck haben, den Konditionslosenstand festzustellen, in Wirklichkeit aber dienen sie zu regelrechter Arbeitsnachweisung. Es haben sich bei uns mehrere ehemalige Bündler gemeldet, die auf Grund solcher Karten Kondition nachgewiesen bekamen. Vor uns liegen mehrere Schriftstücke aus dem Bundesbureau, die auch den letzten Zweifel benehmen, daß es sich um irrtige Informationen handeln könnte. Der Bundesverwalter M. Janson schreibt da einem Kollegen im November 1908:

Die Buchdruckerei Fant, Hannover, Osterstraße 106, sucht einen Seiger. In der schriftlichen Offerte G. W. angeben. — Buchdruckerei Max Schmersow in Kirchhain, H.-L., sucht mehrere tüchtige Wertseher. In der Offerte ist das Alter anzugeben, außerdem Zeugnisabschriften erwünscht.

Dem Hauptvorstand in Berlin werden die Firmen, die Einstellungen vornehmen wollen, von den örtlichen Funktionären genannt. Dieser wieder wendet sich dann an die Bezirke oder Druckorte, in denen der Bund Arbeitslose hat. Die betreffenden Funktionäre haben die Pflicht, die Arbeitslosen zur Bewerbung bei den meist gutenbergbundfreundlichen Firmen zu veranlassen. Auf dem Hauptbureau des Bundes ist an Stelle des inaktiv gewordenen früheren „Typ.“-Redakteurs Stommel ein gewisser Gustav Witt, früher in Leipzig, getreten, dessen Tätigkeit zum nicht geringen Teil aus der hier beschriebenen Arbeitsvermittlung besteht. Aus neuerer Zeit, nämlich vom 26. Juni 1912, liegt uns auch eine Reichspostkarte Witts vor. Eine vom Gutenbergbund zu verwenden, unterläßt man anscheinend in diesen Fällen, um durch Postkäuferschutzpolitik eine private Mitteilung annehmen zu lassen. Auch der Inhalt ist so gehalten, daß gegebenenfalls diese Art Vermittlung auf kollegiales Interesse hinausgepielt werden kann. Witt macht das so:

lassen. Die im Jahresbericht für 1909 enthaltene ehrpüßliche Versicherung: „Ehrliche Einhaltung der Vertragsbestimmungen sowie rückhaltloses Eintreten für den Tarif“, ist weiter nichts als eine konsequente Verschönerung der so oder so in Frage kommenden gewerblichen Körperchaften. Wenn da oben rein noch der „Typ“ überhaupt dem Gutenbergsbunde würdevoll fortgesetzt Schwierigkeiten bereitet, so ist das einfach eine Frechheit.

Der Gutenbergsbund als Tarifwächter.

Nach dem vorausgehenden Behandelten wird so mancher Leser nun wohl fragen: „Das dürfte nicht kommen! Aber es ist nun einmal so, daß die größten Sünden oftmals die ärgsten Splitterrichter sind.“ Der Bund und sein Organ, deren Tätigkeit auf tariflichem Gebiete nur im Zusammenhang der Tarifinstanzen und dem raffinierten Umgehungsversuch tariflicher Vorschriften besteht, worin seine wärmsten Freunde in Rheinland-Westfalen nicht das Atom einer Ungläubigkeit, geschweige denn tatsächlich größte Versteher erblicken, die ihre stärke Einbildungskraft dafür aber bei dem Verband um so mehr sieht, gefallen sich wirklich in dieser Rolle.

Daß z. B. in den Bayerischen Farbenfabriken in Leverkusen bei Oberfeld in der Hausdruckerei Bändler beschäftigt werden zu Bedingungen, die nicht einmal dem dafür tariflich vorgesehenen Lohnausnahmsverhältnissen entfernt entsprechen, macht ebensowenig aus als die dort herrschende Bestimmung, daß von dem Koalitionsrecht in keiner Weise Gebrauch gemacht werden darf. Also selbst nicht einmal der Gutenbergsbund ist dort gelitten, seine Mitglieder stehen da verdet. Für solche Fälle hat die Bundesleitung laut Jahresbericht 1910 die bequeme Ablenkung etwaiger Vorhaltungen: „Die wenigen Ausnahmefälle... betreffen in ihrer größeren Hälfte Hausdruckereien in großen Betrieben anderer Branchen, in denen wohl in bezug auf Lohn, Arbeitszeit und sonstige Arbeitsverhältnisse den tariflichen Anforderungen voll und ganz entsprochen wird, von denen aber eine schriftliche Anerkennung des Tarifs bisher nicht zu erlangen war.“ Wenn diese „Feststellung“ auch mit der Wahrheit nicht auf dem besten Fuße steht, so bereitet das den wackeren Tarifwächtern doch keinerlei Gewissensnot. Sie spähnen um so eifriger nach tariflichen Verschuldungen unserer Mitglieder aus. Da wurde unter Halle a. S. mehrmals im „Typ“ mitgeteilt, daß ein Verbandsmitglied bei einer tarifuntreuen Firma arbeite. Diese Firma wurde auch genannt, nicht erwähnt aber, daß es sich um gar keine Druckerei handelt, sondern um eine Spielartenfabrik, die nicht einmal eine Hausdruckerei im üblichen Sinne besitzt, vielmehr nur von einem Buchdrucker nach Platten drucken läßt. Dieser Drucker, der eine sehr gute bezahlte Stellung hat, ist allerdings Verbandsmitglied. Die Schreiber aus Halle im „Typ“ wissen genau, wie es um diese Firma, die nicht tariflich sein soll, steht; sie wissen sogar noch mehr, nämlich, daß das betreffende Verbandsmitglied einmals für langjähriger Kreis-, Bezirks- und Ortsvorsitzender war, und daß — hierin liegt die größte Heuchelei — der Betreffende als Bundes- wie als Verbandsmitglied bei jener Firma konditioniert; früher unbehelligt, jetzt als Verbandsmitglied aber tarifbewacht!

Ein andres, vom „Typ“ unlängst entdecktes gravierendes Moment für die Tariftreue von Verbandsmitgliedern führt uns nach Koburg. Acht Mitglieder unserer Organisation sollten dort in einer Nichttarifdruckerei arbeiten. Wenn uns auch so leicht nichts verblüßt von dem, was der „Typ“ austrinkt, so waren wir in diesem Falle denn doch etwas perplex. Sofort von der Verbandsleitung und uns eingezogene Recherchen bestätigten sogar die Mitteilung des Bundesorgans. Der in Koburg erscheinende „Generalanzeiger für Thüringen und Franken“ (Erich Spandel) hatte in seiner Druckerei wohl vollständig tarifliche Verhältnisse aufzuweisen, aber die schriftliche Anerkennung des Tarifs stand noch aus. Für das von der Diebeschen Hofbuchdruckerei abgetrennte Zeitungsunternehmen hätte sofort die Tarifanerkennung erfolgen müssen. Der Gewerkeverband ist auch in dieser Richtung tätig gewesen, konnte aber kein definitives Resultat erzielen. Nun ist jedoch Dampf dahinter gemacht worden, und am 28. September wurde die Tarifanerkennung publiziert. Jetzt kommt aber wieder der Lahrer hinkende Bote für den Gutenbergsbund. Die in Frage kommenden Verbandsmitglieder jener Druckerei in Koburg waren nämlich bis Ende 1910 im Gutenbergsbunde. Als Verbandsmitglied war bis dahin nur ein Rotationsmaschinenmeister in jener Druckerei tätig, der allein nichts auszurichten vermochte. Die Abzweigung der Zeitungsabteilung erfolgte bereits im Jahre 1905. Der Gutenbergsbund hat nie daran Anstoß genommen, daß dort mehrere seiner Mitglieder in einer tarifuntreuen Druckerei stehen. Wenn die Betroffenen nicht aus dem Bund ausgetreten wären, würde der „Typ“ sicher auch jetzt noch nicht seine Mission als Tarifwächter für die Gehilfen jener Firma entdeckt haben, sondern es würde tarifuntreu fortgenurrtelt werden. Unsere Vorstände haben jedoch die Betroffenen — wenn vielleicht auch nicht energisch genug — wiederholt zu einem Vorgehen gedrängt. Diese sind aber bis vor kurzem nicht zu bewegen gewesen, positive Schritte zur Tarifanerkennung zu unternehmen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß uns über große Passivität übergetretener Bändler geklagt wird. Die dort genossene sogenannte gewerkschaftliche Erziehung scheint wie Blei in den Gliedern zu liegen. Für den Gutenbergsbund abermals eine hübsche Enttäuschung.

Ein anderer Fall aus Koburg ist nicht minder interessant. Dort besteht seit einhalb Jahren eine Druckerei Gebr. Junius, die den Tarif auch nicht anerkannt hat,

meistens auch keinen Gehilfen beschäftigt. Unlängst wurde nun einem fremden Kollegen dort Konditionen angeboten. Da ihm die nötige Aufklärung wurde, nahm derselbe die Kondition nicht an. Später fing jedoch ein anderer Kollege an, dem die schriftliche Anerkennung des Tarifs von dem einen Prinzipale versprochen worden war. Ehe es jedoch dazu kam, mußte der Betreffende wieder aufhören, da sich inzwischen ein Bändler gefunden hatte, der es selbstverständlich nicht so genau nimmt. Es geht bei Gebr. Junius nun in der alten Weise weiter. Während der in der gleichen Nummer des „Typ.“ behandelte Fall des „Generalanzeiger“ durch den fünften Nachtrag seine Regelung erfahren hat, ist die Firma Junius auch in dem am 19. Oktober erschienenen letzten noch nicht enthalten. Der „Typ.“ als der über die Verbandsmitglieder eingesehene Tarifwächter faßt etwas von zweierlei Recht: im „Generalanzeiger“ lasse unsere Organisation ihre Mitglieder ruhig tarifuntreu arbeiten, für Gebr. Junius verbiete sie aber das Anfangen. Wir möchten, in letzterem Falle hätte der Gutenbergsbund seinen imponierenden Beweis geliefert von dem betonten „rückhaltlosen Eintreten für den Tarif“ (Jahresbericht 1909), und auf den ersteren brauchten die Tarifsechten absolut nicht stolz zu sein.

Daß auch einzelne Bändler, die in Amt und Würden sind, sich sehr schlecht zum Wächter der tariflichen Tugend unserer Mitglieder eignen, darüber wurde uns aus Schlesien jüngst ein erbauliches Hörtörchen berichtet. Wir wollen aber nicht zu sehr ins Detail gehen. Es genügt, wenn angedeutet wird, daß uns das Tarifheldentum dieser Bundesleuchten wohl bekannt ist, wie der Gutenbergsbund als Tarifwächter überhaupt eine ergötzliche Figur ist.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Dänemark. Im letzten Bericht über Dänemark war der Ausnahme einer Statistik über die sanitären Verhältnisse in Buchdruckereien von Seiten der Gehilfenschaft Erwähnung getan worden. Aus dieser ging hervor, daß die sanitären Vorschriften in zahlreichen Fällen nicht eingehalten werden. Das Arbeits- und Versicherungsdepartement hat nun diese Statistik mit in seinen Bericht von 1911/12 aufgenommen. Dies hat die Veranlassung zu einem längeren Zirkular an sämtliche Fabrikinspektoren gegeben. Sie werden ersucht, ganz besonders darauf zu sehen, daß die sogenannte Hauptreinigung (Streichen oder Abwaschen der Hände, der Sessels und -regale, der Türen, Fensterrahmen usw.) zweimal jährlich stattzufinden hat. Im übrigen werden auch die anderen sanitären Bestimmungen in Erinnerung gebracht. Die Statistik hat also einen Teil ihres Zwecks, die Behörden auf die wühligen Verhältnisse aufmerksam zu machen, erfüllt. Vor kurzem, nach in Kopenhagen der Kollege, A. P. J. Olsen, 66 Jahre alt, der in seinen jungen Jahren in Deutschland eine eigne Buchdruckerei hatte. Später war er Druckfaktor in einer der größten Kopenhagener Druckereien. In seiner freien Zeit beschäftigte er sich viel mit mechanischen Arbeiten. Er erfand eine Presse zur Herstellung von Blindendruck, die er dem Blindeninstitute schenkte. Als Anerkennung erhielt er die silberne Verdienstmedaille. Olsen war allgemein als braver Kamerad und guter Mensch geachtet. Diese Charaktereigenschaften veranlaßten ihn auch, seinen Faktorposten niederzulegen und wieder als Gehilfe zu arbeiten.

Schweden. Im vorigen Monate veranstaltete der Vorstand der Stockholmer Abteilung des schwedischen Typographenbundes eine große Agitationsversammlung. Man hatte die Gelegenheit der Tagung des skandinavischen Arbeiterkongresses benützt und die etwa 20 Buchdrucker aus den anderen skandinavischen Ländern, die aus diesem Anlaß als Arbeiterdelegierte in Stockholm anwesend waren, zur genannten Versammlung eingeladen. Die große Veranstaltung verlief sehr stimmungsvoll. Ansprachen der fremden Kollegen wechselten mit Gesangs- und Konzertvorträgen ab.

Vor kurzem feierte die Firma Albert Bonniers Buchverlag und Buchdruckerei in Stockholm ihr 75jähriges Bestehen. Die Firma ist die größte und vornehmste Verlagsbuchhandlung in Schweden; die vornehmste auch in bezug auf ihren Standpunkt zu den Angestellten und Arbeitern, denen sie immer die gebührende Wertschätzung zuteil werden ließ und für die sie gute und angenehme Arbeitsbedingungen schaffte. So war Albert Bonnier die erste Firma, die für ihre Personalferien einführte. Auch gelegentlich des Generalfreits 1909 zeigte sich die Firma von der vornehmen Seite. Während andere Buchdruckereien beim Wiederengagement Unsicherheit unter dem Personale hielten, Repressalien anwandten und die zuerkannten Lohnabzüge vornahmen, hieß der Firmeninhaber R. O. Bonnier sein gesamtes Personal beim Wiederantritt der Arbeit willkommen. Aus Anlaß des Jubiläums erhielten die Arbeiter eine Gesamtgratifikation von 75000 Kr. bar ausbezahlt. Bei der Verteilung war die Beschäftigungsdauer berücksichtigt worden. So erhielten diejenigen, die zehn Jahre und darüber bei der Firma waren, einen dreimonatigen Arbeitsverdienst ausgezahlt; auch die andern Zuwendungen standen im entsprechenden Verhältnis hierzu. Am Jubiläumstage wurde das gesamte Personal auf dem Landsteig des Prinzipals in einem großen Feste festlich bewirtet.

Norwegen. In Kristiania existierten bisher keine Abmachungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen betreffs Anerkennung der Vertrauensleute in den Druckereien.

Trotzdem haben sich aber die Prinzipale immer der alten Praxis gefügt und mit den Vorstehenden der Druckereiklubs verhandelt. Bis vor kurzem! Da brach in der großen Malingfingers Buchdruckerei ein Konflikt aus wegen unpassenden Auftretens eines neuengagierten Faktors, der sich auch öfters abnormer unbeliebt gemacht hat und dessen Name, N. Arnefen heißt er, unter den Kollegen in ganz Norwegen unvoreilhaft bekannt ist. Nachdem eine ganze Anzahl der Firma lange Jahre angehörende Kollegen aus besagtem Grunde die Druckerei verlassen hatten, wurde der Geschäftsführer erucht, den Faktor zu einem angemessenen Auftreten anzuhalten, was dieser jedoch nicht tat. Der Konflikt spitzte sich weiter zu, als der Prinzipalsverein bei dieser Gelegenheit die Vertrauensmänner in den Druckereien nicht anerkennen wollte und sich darauf berief, daß im Tarife nichts davon stünde. Die Kollegen kündigten darum ihr Arbeitsverhältnis, um eine Entscheidung in der Vertrauensmännerfrage und in dem Auftreten dieses Faktors herbeizuführen. Es kam abermals zur Verhandlung zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretungen. Die Arbeitsseinerstellung wurde verhindert und der Geschäftsführer aufgefordert, nummehr Instanzen zu treffen, die geeignet seien, ein besseres Verhältnis zwischen Faktor und Gehilfenschaft herbeizuführen. Die Hauptsache war aber die Schaffung von Regeln für die Vertrauensmänner und Anerkennung derselben. Sie lauten: a) Der Vertrauensmann (Klubvorsitzender oder Gehilfenvorsitzender), der von den Arbeitern gewählt ist, wird als Repräsentant und Redner für die organisierten Arbeiter anerkannt. Als Vertrauensmann ist ein anerkannt tüchtiger Arbeiter zu wählen, der, soweit möglich, bereits zwei Jahre in der Druckerei beschäftigt ist. Der Name des Gewählten ist innerhalb acht Tagen dem Arbeitgeber mitzuteilen. b) Die Vertrauensmänner sind sowohl gegenüber ihrer Organisation als auch gegenüber dem Arbeitgeber verpflichtet, ihr Bestes zu tun für ein ruhiges und gutes Zusammenarbeiten an der Arbeitsstelle. c) Die Vertrauensleute sollen sich, wenn sie als solche etwas vorzubringen haben, direkt an den Druckereileiter oder dessen Stellvertreter wenden. d) Die Arbeiter, die als Vertrauensmänner gewählt sind, nehmen im übrigen innerhalb der Druckerei keine Sonderstellung ein; doch wird vorausgesetzt, daß ein Vertrauensmann nicht entlassen wird, wenn nicht sachliche Gründe vorliegen. e) Abmachungen zwischen den Arbeitern, die die Arbeit oder andere Verhältnisse innerhalb des Betriebes betreffen, sind ohne Zustimmung des in Frage kommenden Verbandes wirkungslos.

Der norwegische Verband hat dem Internationalen Sekretariate mitgeteilt, daß er vor einer Tarifbewegung steht und dieses ersucht, die Zustimmung der angeführten Verbände zu einer eventuellen Arbeitsniederlegung einzuziehen. In Norwegen hat eine vor einiger Zeit aufgenommene Statistik über die sanitären Verhältnisse in den Druckereien bereits ihre Wirkung getan. Die Statistik ist den Fabrikinspektoren in den verschiedenen Städten zugestellt worden. Einer der Fabrikinspektoren hat bereits um Zusendung von mehreren Exemplaren der Statistik ersucht, um diese den in Frage kommenden Prinzipalen zur Klärung vorzulegen. „Typografiske Meddelelser“ fordert die Kollegen in den verschiedenen Städten auf, bei sämigen Fabrikinspektoren anzufragen, was sie zu der Statistik zu sagen haben.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

Statistik der Heilbehandlung.

Über den Umfang und die Erfolge des von den 31 Versicherungsanstalten angewendeten Heilverfahrens haben Anfang 1898 zum ersten Mal Erhebungen stattgefunden. Die Ergebnisse sind damals in gedrängter Form in Geschäftsberichten des Reichsversicherungsamts veröffentlicht worden. Seit jener Zeit fanden die Feststellungen auf breiterer Grundlage alljährlich statt. In einem stattlichen Bande von 194 Quartseiten liegt die Statistik der Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten und zugelassenen Kassenanstalten der Invalidenversicherung für die Jahre 1906—1911 jetzt vor.

Aus dem interessanten Material ergibt sich, daß in den Krankheitsgruppen „Lungenentzündung“ und „Andere Krankheiten“ bedeutend mehr Männer als Frauen vertreten sind, während bei den Lupuskranken die Frauen überwiegen. Seit 1897 ist ferner die Zahl der behandelten Personen um mehr als das Fünffache, diejenige der ständig behandelten Lungentuberkulösen Männer auf mehr als das Zwölfwache, die Zahl der ständig behandelten Lungentuberkulösen Frauen auf mehr als das Einundzwanzigfache, die Zahl der wegen anderer Krankheiten ständig behandelten Männer auf mehr als das Fünfeinhalbfache und die Zahl der Frauen dieser Gruppe auf mehr als das Neunfache gestiegen. Die nichtständig behandelten Lungentuberkulösen Männer und Frauen zusammen haben eine Steigerung um mehr als das Dreieinunddreißigfache und die nichtständig behandelten Männer und Frauen, die wegen anderer Krankheiten behandelt wurden, haben eine Steigerung um nahezu das Sechseinundzwanzigfache erfahren. Wenn hier die Rede von „ständig“ und „nichtständig“ Heilbehandlung war, so sei auch dieser Unterschied kurz dargelegt: Unter „ständig“ Heilbehandlung wird jedes planmäßige Heilverfahren in Krankenhäusern und Sanatoriumen, Heilstätten,

Wädern oder auch in der eignen Wohnung des Versicherten verstanden; unter „nichtständiger“ Heilbehandlung dagegen die Behandlung in der Sprechstunde des Arztes sowie alle einmaligen oder vorübergehenden Maßnahmen (Gewährung von Arzt, Arzneien, künstlichen Gliedern usw.). Wenn Kranke aber in einem Krankenhaus, in einer Klinik oder in einem sonstigen Heilanstalt, ohne in diesen Anstalten untergebracht zu sein, längere Zeit behandelt werden, wie dies beispielsweise bei Geschlechtskrankheiten, Lupus und einigen andern Krankheiten vorkommt, ebenso wenn es sich um länger andauernde Behandlung in der Sprechstunde des Arztes handelt, wird diese Behandlung im Gegensaße zu den nur vorübergehenden Maßnahmen ebenfalls als eine „ständige“ Heilbehandlung angesehen.

Über die Zahl der in den Jahren 1906—1911 in Heilbehandlung genommenen Personen gibt folgende Statistik Aufschluß:

a) wegen Lungentuberkulose:

Im Jahre	ständig:			nichtständig:		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
1906	21 959	9 063	31 022	213	140	353
1907	22 258	9 816	32 074	299	170	469
1908	26 437	12 288	38 725	353	262	615
1909	29 277	12 955	42 232	470	238	708
1910	30 595	15 014	45 609	913	195	1 108
1911	31 641	15 938	47 579	1 170	169	1 339
Summa	162 167	75 074	237 239	3 418	1 174	4 592

b) wegen Lupus:

Im Jahre	ständig:		
	Männer	Frauen	zusammen
1909	267	412	679
1910	77	112	189
1911	80	110	190
Summa	424	634	1 058

c) wegen anderer Krankheiten:

Im Jahre	ständig:			nichtständig:		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
1906	14 354	10 212	24 566	6 579	4 363	10 942
1907	15 702	11 035	26 737	8 436	6 307	14 743
1908	17 172	12 240	29 412	10 167	8 071	18 238
1909	19 675	13 646	33 321	13 201	11 017	24 218
1910	22 169	15 832	38 001	15 779	13 244	29 023
1911	22 899	16 766	39 665	18 911	15 615	34 526
Summa	111 971	79 734	191 705	73 073	59 297	132 370

Die Heilbehandlungskosten sind entsprechend der Zunahme der in Behandlung genommenen Personen ebenfalls von Jahr zu Jahr gestiegen. Einen deutlichen Aufschluß erhalten die Landesversicherungsanstalten, die Kosten von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden usw. erstattet. Diese Erstattungen haben im Jahre 1911 insgesamt 6 009 948 Mk. betragen, so daß von den Trägern der Invalidenversicherung dazu noch 21 735 905 Mk. für Zwecke der Heilbehandlung vorausgibt worden sind. Wenn man die Kosten der Heilbehandlung mit den Einnahmen der Versicherungsträger aus Beiträgen und mit ihren Zahlungen an Rentenbeträgen vergleicht, so ergibt sich, daß diese Kosten nach Abzug der Erstattungen durch die Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden usw. im Jahre 1911 10,4 vom Hundert der Beitragsentnahmen und 12,9 der Rentenzahlungen betragen haben. Auf 10 000 Versicherte wurden 1911 bei 123 602 Heilbehandlungsfällen mehr als 84 Personen behandelt. In demselben Jahre sind 39,58 vom Hundert aller Behandelten wegen Lungen- oder Keimkopftuberkulose, 0,15 v. H. wegen Lupus und 60,27 vom Hundert wegen anderer Krankheiten behandelt worden. Von den Tuberkulösen sind 97,26 v. H., von den andern Kranken 53,25 v. H. in „ständige“ Heilbehandlung und 2,74 bzw. 46,75 v. H. in „nichtständige“ Heilbehandlung genommen worden. Der im Verhältnisse zu allen sonstigen Kranken außerordentlich hohe Satz von behandelten Tuberkulösen kennzeichnet, wie in der angeführten Statistik einleitend mit Recht betont wird, die Bedeutung der Tuberkulose als Volkskrankheit. Offenkundig zieht das Reichsversicherungsamt hieraus die einzig richtige Lehre, indem es die Versicherungsanstalten anhält, anstatt weniger, in Zukunft noch mehr für das Selbstverfahren auszugeben.

Was nun die Angehörigenunterstützung während der Übernahme des Selbstverfahrens anbelangt, so haben sämtliche Landesversicherungsanstalten von der ihnen gesetzlich eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht, mit dieser Unterstützung über die Mindestleistungen hinauszugehen. Auch acht Kasseneinrichtungen sind über das gesetzliche Maß hinausgegangen. Nur der Saalbücker Knappschaftsverein und die Allgemeine Knappschafts-Pensionskasse für das Königreich Sachsen beschränken ihre Leistungen auf den gesetzlichen Mindestbetrag, d. h. für Krankentafelmitglieder auf die Hälfte des während der Dauer der Krankenunterstützung maßgebenden gewöhnlichen Krankengeldes; für andre Versicherte ein Viertel des für den Ort der letzten Beschäftigung oder des letzten Aufenthalts maßgebenden ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter. Im übrigen sind folgende Grundzüge maßgebend: Es zahlen nach Lage des Einzelfalles bis zum Doppelten des gesetzlich vorgeschriebenen Betrags die Versicherungsanstalten Ost- und Westpreußen, Pommern, Böhmen, Sachsen-Anhalt, Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz und Regensburg, Mittelranken, Unterranken, und Wschaffenburg, Schwaben und Neuburg, Königreich

Sachsen, Württemberg, Großherzogtum Hessen, Mecklenburg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Hanjastädte und Elsaß-Lothringen. Bis zum Dreifachen des gesetzlichen Betrags zahlen die Versicherungsanstalten Berlin, Brandenburg, Schlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Gessau-Nassau, Rheinprovinz und Baden. Die Landesversicherungsanstalt Oberfranken zahlt je nach den Angehörigen die Hälfte bis zum vollen Krankengelde, die Landesversicherungsanstalt Hannover gewährt nach Lage des Einzelfalles eine Angehörigenunterstützung bis zur Höhe von 15 Mk. wöchentlich. Die Versicherungsanstalten Westpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Oberbayern, Niederbayern, Mittelranken, Königreich Sachsen und Baden können in einzelnen Fällen über die vorgenannten Leistungen noch hinausgehen, wenn besondere Bedürftigkeit vorliegt.

Sowohl nach dem Invalidenversicherungsgesetze wie auch nach der Reichsversicherungsordnung können die Versicherungsanstalten zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität und zur Erhaltung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung noch weitere Aufwendungen machen. So sind 1911 u. a. 367 632 Mk. für Gemeindefrankenkasse gewährt worden, ferner zur Bekämpfung der Tuberkulose 526 987 Mk. (darunter 10 956 Mk. Beiträge an Vereine usw. zur Errichtung von Heilstätten, 70 155 Mk. Zuschüsse und Beiträge zur Errichtung und zum Unterhalte von Wald-erholungsstätten, 339 570 Mk. zur Errichtung und zum Unterhalte von Kunststuf- und Fürsorgestellen für Lungenkranke, 5389 Mk. Zuschüsse zur Durchführung der Wohnungsbesinnung und 100 917 Mk. für verschiedene Zwecke). Bei Bekämpfung andrer Krankheiten ergibt sich ein Gesamtaufwand von 202 451 Mk. Hieron entfallen auf die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs 39 071 Mk., auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 2706 Mk., auf die Bekämpfung des Lupus 1180 Mk. und auf verschiedene Zwecke 159 494 Mk.

Die Zahl der in Behandlung genommenen Geschlechtskranke nahm gegen das Vorjahr um 178 ab und die der Alkoholkranke stieg um 246 in demselben Zeitraum. In Jahrbehandlung wurden 30 847 Personen genommen, in Wald-erholungsstätten wurden 1911 3333 Personen versorgt. In Invalidenhauspflege waren im letzten Jahre 117 Personen untergebracht. So sehen wir, wie die Landesversicherungsanstalten in mehrfacher Hinsicht für die Versicherer eintreten können. Wenn nun auch die einzelnen Ausgabenposten sich von Jahr zu Jahr erhöhen haben, so darf dabei doch nicht übersehen werden, daß alljährlich immer noch eine sehr große Anzahl von Versicherten mit ihren Anträgen auf Übernahme des Selbstverfahrens usw. abgewiesen wird. Bei der stetig anhaltenden Vermögenszunahme der Versicherungsanstalten kann, wie schon angedeutet, namentlich in puncto Heilbehandlung noch mehr getan werden. Dies ist umso notwendiger, als über die Heilbehandlung nur geringfügig berichtet wird. So wurde 1911 von 42 400 wegen Lungen- oder Keimkopftuberkulose behandelten Personen beim Abschlusse des Selbstverfahrens bei 38 515 ein Heilerfolg erzielt, so daß bei diesen in absehbarer Zeit Erwerbsunfähigkeit nicht zu befürchten war.

Halle a. S.

M. Gildenberg.

Korrespondenzen.

Annaberg-Buchholz. Am 13. Oktober fand in Annaberg die Bezirksversammlung der Orte Annaberg, Buchholz, Bärenstein, Geyer, Scheibenberg, Schlettau, Zimm und Zschopau unter zahlreicher Beteiligung statt. U. a. war auch Gauverwalter Dähnel (Chemnitz) erschienen, um über die Gauvorsteherkonferenz zu referieren, welcher Aufgabe er sich in leichtverständlicher, fesselnder Weise entledigte. Reicher Beifall wurde ihm zuteil. Einige interne Bezirgsangelegenheiten kamen noch zur Behandlung. Zum Schluß hielt Kollege Werner (Chemnitz) einen Vortrag über: „Zweck und Leistungen der Allgemeinen Kranken-, Witwen- und Waisenzuschüsse für Buchdrucker in Chemnitz“. Auch dieser Vortragende fand lebhaften Beifall.

Dresden. In unserer Versammlung am 11. Oktober berichtete Kollege Wendtsche über die Gauvorsteherkonferenz, den Bericht des „Korr.“ in verschiedenen Punkten ergänzend. Er schloß mit der Mahnung, in Ruhe den kommenden Dingen entgegenzusehen. In seinem Schlusswort konnte er dann noch feststellen, daß die Dresdner Mitgliedschaft den Maßnahmen der Zentralleitung und der Gauvorsteherkonferenz das nötige Einverständnis entgegenbringe und bereit ist, dafür einzutreten. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung gab Kollege Sahn zunächst den Bericht vom Gewerkschaftstertell und machte nähere Mitteilungen über die erfolgte Errichtung einer Zentralbibliothek. Die Idee bestrehe schon seit Jahren, bis jetzt endlich die richtige Form gefunden wurde, der alle interessierten Kreise zustimmen konnten, auch wir Buchdrucker. Mit einem vom Kartelle zur Verfügung gestellten Fonds von 5000 Mk. und einem jährlichen Beiträge von 10 Pf. pro Mitglied der angeschlossenen Vereine sei eine gesunde Basis geschaffen und wäre nur zu wünschen, daß auch unsere Mitglieder rechten Gebrauch von dieser Einrichtung machen. Von einer Überführung unserer Zentralbibliothek habe der Vorstand noch abgesehen, da die wertvolle Fachliteratur nicht ohne weiteres fallen gelassen werden kann und zur Frage selbst nur eine Generalversammlung des Dresdner Buchdruckervereins Stellung nehmen könne. Kollege U. Behmann machte einige Ausführungen zur Angehörigenunterstützung. Die Karenz von 120 Monatsbeiträgen, die Höhe der Beiträge

selbst und ein Anspruch auf Unterstützung erst bei einer Einbuße der Arbeitskraft von 50 Proz. lasse den Beitritt gar nicht ratsam erscheinen, besonders bei denjenigen Kollegen, die infolge ihrer oft eigenartigen Zwischenstellung zum Beitritt nicht verpflichtet sind. Gäbe man wirklich etwas Durchgreifendes schaffen wollen, dann mußte es gesehen im Anschluß an die bestehende Reichsinvalidenversicherung für die Arbeiter, die zurzeit besser sei als die neue Versicherung, durch die man nur eine Absonderung der Angehörigen von den Arbeitern erreichen wolle. Kollege S. taufte wies auf die Meisterkurse hin, die in nächster Zeit von der Graphtischen Vereinigung an der städtischen Gewerbeschule veranstaltet werden. Da die Kosten nur etwa 5 Mk. betragen, sei allen dazu befähigten Kollegen dringend die Ablegung der Meisterprüfung anzuraten, um genügend Kräfte zur Ausbildung unfres Nachwuchs zur Verfügung zu haben.

Sn. Frankfurt a. M. (Bezirksversammlung.) In gutbesuchter Versammlung fand am 13. Oktober die Fortsetzung der vor sechs Tagen unterbrochenen Mitgliederversammlung statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz, hatte eine große Anzahl Kollegen, die sonst nicht zu unseren regelmäßigen Besprechungen gehören, in die Versammlung gezogen. Hoffen wir, daß diese Kollegen aus der sehr ergebnisreichen und interessanten Debatte entnommen haben, wie notwendig eine rege Anteilnahme aller Kollegen am Verbandsleben in heutiger Zeit ist. Die lebhafteste Diskussion über das vom Kollegen Dominé erstattete Referat bewegte sich, alle Nebensächlichkeiten außer Betracht lassend, durchgehend in zumstimmendem Sinne. Alle Redner ließen durchblicken, daß dem Vorgehen unfres Verbandsvorstandes und der Gauvorsteherkonferenz gegen die tarifrechtlichen Strömungen im Prinzipalslager volle Anerkennung gebührt. Eine entsprechende Resolution fand Annahme.

dt. Hannover. Unfre letzte Mitgliederversammlung am 10. Oktober hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nachdem zunächst des verstorbenen Kollegen Simon ehrend gedacht worden war, gab der Vorsitzende die „Vereinsmitteilungen“ bekannt. Den Tarif anerkannt haben die Firmen Steffens („Vesfüllte Hand“) und Heinrich Hemme. Eine am 3. Oktober stattgehabte unvermutete Revision sämtlicher Klassen zeigte, daß auf unserer Verwaltung alles in bester Ordnung war. Das größte Interesse wandte sich dem zweiten Punkte der Tagesordnung, dem vom Kollegen Rosenbruch erstatteten Bericht von der Gauvorsteherkonferenz, zu. Redner verstand es in vortrefflicher Weise, in seinem fast zweistündigen Referat ein Bild der Verhandlungen und der augenblicklichen Situation im Gewerbe zu geben. Der lebhafteste Beifall am Schluß und die nachfolgende Diskussion zeigten, daß die Versammlung mit dem Referenten übereinstimmte und die Kollegen sich alles Bestmögliche wünschten, den tarif- und verbandsrechtlichen Verhältnissen wirkungsvoll zu begegnen. Nachdem noch beschlossen worden war, das Weihnachtstfest in bisheriger Weise als reiches Familien- und Kinderfest zu feiern und dem vom Vorstande vorgeschlagenen Unterstützungsfähigen zuzustimmen, wurde die interessante und anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Karlshöhe. (Maschinenfahrverein.) Die am 6. Oktober im romantisch gelegenen Städtchen Bruchsal abgehaltene Herbstbezirksversammlung war aus dem ganzen Bezirke fast vollständig besetzt. Nach Begrüßung der Kollegen durch den Vorsitzenden wurde in die reichhaltige Tagesordnung eingetreten. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurden einige interne Angelegenheiten besprochen. Mit Spannung und großer Aufmerksamkeit folgten die Kollegen den Ausführungen des Vorsitzenden Seemann über: „Der deutliche und die ausländischen Sebmachintarife“. In fünfminütigen interessanten Darlegungen verstand es der Vortragende, an Hand eines reichhaltigen Materials in die Materie der ausländischen Sebmachintarife Einblick zu gewähren. Einen weiteren Verhandlungsgegenstand bildete die hiesige Sebmachintarische, die sich jetzt in eine Genossenschaft u. v. H. umwandelte. Sich zu bebauern sei der starke Zulauf in diese Schule, da 90 Proz. der Kollegen nach beendeter sechswöchiger Lehrzeit hellenlos bleiben. Von seiten unfres Kollegen ist größte Voracht am Platz, um sich vor finanziellen Verlusten zu schützen. Zum größten Teile verlassene die Besucher der Sebmachintarischen feste Konditionen und glauben sich zu verbessern, müssen dann aber die schlimme Erfahrung machen, daß nicht allein sie, sondern auch die Allgemeinheit geschädigt wird, weil die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung künstlich gesteigert werden. Als Kuriosum wurde es bezeichnet, daß die Prinzipale klagen über nicht genügend ausgebildete Maschinenfaher, während anderseits Fälle zu verzeichnen sind, wonach in einer Provinzstadt Maschinenfaher mit langjähriger Praxis durch Zöglinge der Sebmachintarische ersetzt wurden. Ohne ersichtlichen Grund und Ursache setzt man Familienväter aufs Pflaster. So sehen die Freichte der Karlshöhe Sebmachintarische aus. Auch über die Ausbildung der Kollegen in diesem Institute wurde von verschiedenen Seiten bitter geklagt. Es sind nach dieser Richtung Fälle zu konstatieren, wonach Maschinenfaher nach über halbjähriger Tätigkeit an der Maschine nicht instande waren, das tarifliche Minimum zu verdienen. Ein anderer Fall wurde aus einer Provinzstadt gemeldet. Dort wurde einem Zöglinge der Karlshöhe Sebmachintarische von deren Leitung das Zeugnis eines der besten und tüchtigsten ausgestellt mit einer Durchschnittsleistung von 5000 Buchstaben stündlich. In der Druckerei, in der Pragis, schmolz diese Leistung bis unter die Hälfte zusammen. Von den Korrekturen gang

zu schweigen. Und das war einer der besten Böglinge! Ob dieser Resultate hat es an verschiedenen Seiten sehr lange und betrübte Gesichter gegeben. Manches andre noch könnte man diesem viel erörterten Kapitel, das einer scharfen, aber berechtigten Kritik unterworfen wurde, hinzufügen. Nach Erledigung dieses längere Zeit in Anspruch nehmenden Punktes erstattete Kollege Gang den Mitgliedschaftsbericht pro erstes Halbjahr. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Kassenbestand bot ein erfreuliches Bild. Drei Kollegen meldeten sich in die Spezialorganisation an. Die äußerst anregend verlaufene Versammlung schloß der Vorsitzende mit Dankesworten. — Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen im Versammlungsorte Restaurant „Kannhäuser“ und nach Besichtigung des renovierten berühmten Bruchsaler Schlosses fand im „Mercur“ in Gemeinlichkeit mit den Kollegen des Bruchsaler Ortsvereins eine gemüthliche Unterhaltung statt, wobei sich Kollege Klöpffer mit seinen Volksgenossen zur Laute besonders auszeichnete. Allen Kollegen, welche zum guten Gelingen des Ganzen mit beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle nochmals gedankt.

Kattowitz. Unsere dritte Bezirksversammlung fand am 6. Oktober in Rybnik statt. Der Besuch war ein wenig befriedigender. Anwesend waren von Kattowitz 34 (110), Laurahütte 8 (10), Myslowitz 8 (11), Pleß 1 (5), Ratibor 30 (68), Rybnik 9 (13) und Schop-pinitz 3 (4). Die Versammlung wurde eingeleitet durch zwei Lieder des Gesangsvereins „Gutenberg“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Baum-gart das am 30. August verschiedenen Kollegen Klingenberg. Die Versammlung ehrte das Gedächtnis des Toten in üblicher Weise. Aus dem Berichte des Vorsitzenden ist folgendes, die Allgemeinheit Interessierendes zu entnehmen: Den 227 Verbandsmitgliedern stehen 24 Gutenberghändler (nur in den Orten Kattowitz, Laurahütte und Pleß), 38 Inorganisierte und 72 Lehrlinge gegenüber. Weggüßlich der Arbeitslosigkeit ist es in den letzten Wochen ein wenig besser geworden, was aber nur vorübergehend der Fall sein wird. Besonders in den Druck-orten Kattowitz und Ratibor hatten wir mit großen Konditionslofen- und Kranzengiffen zu rechnen. Als erfreulich kann über verschiedene erasmische Einführungen von Ferien in den Druckorten Kattowitz, Ratibor und Nikolai berichtet werden. In letzter Zeit ist es des öfteren vorgekommen, daß sich junge Leute von auswärts bei Kattowitzer Firmen schriftlich um Stellung bewarben, ohne daß sie wußten, ob eine Vakanz vorhanden war. Sie wurden dann auch eingestellt und am Orte liegende verheiratete Konditionslose abgewiesen. Der Vorsitzende rügte dies mit scharfen Worten. In gleicher Weise rügte er das immer noch bestehende Restantenunwesen; auch hiergegen werde von nun ab energischer vorgegangen werden. Aus dem Berichte des Kassierers war ein guter Stand der Kasse zu ersehen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Referat unseres Gauvorsitzers Fiedler (Breslau) über: „Wichtige Tagesfragen“. Redner erstattete uns einen eingehenden Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz. Seine Ausführungen wurden des öfteren von lebhaftem Beifall unterbrochen, der sowohl als Anerkennung für die gute Vortragweise wie auch als freudige Zustimmung zu den vom Verbands-vorstand und den Gauvorsitzern beschlossenen Maßnahmen gelten sollte. In eine Diskussion wurde nicht eingetreten. Verschiedene Anträge waren meist interner Natur. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Ratibor, der den Verbandsvorstand ersucht, zur nächsten Bezirksver-sammlung (Frühjahr 1913) einen Referenten aus seiner Mitte zu entsenden, da Oberstellen in dieser Beziehung sehr stiefmütterlich behandelt werde. In seinem Schluss-worte wickte der Vorsitzende im Sinn einer aus der Versammlung gegebenen Anregung dahingehend, daß sich die Ortsvereine an die in ihrem Orte bestehenden Gewerkschaftsarbeitstellen anschließen mögen. Er teilte dann mit, daß der „Oberschlesische Konsum- und Sparverein Vorwärts“, zu dem unser Bezirk den Grundstein gelegt hat, bereits 560 Mitglieder zählt und am 15. Oktober in Kattowitz die erste Verkaufsstelle eröffnet. Besonders wir er auf das hin, durch was die Konsumgenossen-schaftsbewegung der Gewerkschaftsbewegung dienlich ist, und auf die „Volkshilfe“, die ja eine gemeinsame Aktion beider Körperschaften sei. Er forderte die Versammelten auf, treue Verbandsmitglieder zu sein und zu bleiben, außerhalb der Organisation aber allenthalben mit tätig zu sein, wo die Interessen des arbeitenden Volkes wirksam vertreten werden, und schloß mit einem Hoch auf unsern Verband, in das die Versammelten begeistert einstimmten. — Die nächste Bezirksversammlung findet in Ratibor statt. Dem Kollegen D. Dieß, Bezirks-vorsitzender in Glogau, wurde eine Glückwunschbescheide aus Anlaß seiner Silberhochzeit überreicht. — An die Ver-sammlung schlossen sich eine Besichtigung der Rybniker Schlossbrauerei und ein gemüthliches Beisammensein an.

R. Mainz. Maschinenmeister. — Vierteljahrs-bericht. Die am 3. August abgehaltene Versammlung befaßte sich in der Hauptsache mit der Aufstellung unseres Winterprogramms. Das Resultat der Aussprache gipfelte darin, einen Vortragszyklus über Vorgeführungs-apparate abzuhalten. Durch die Arbeitsfreudigkeit einiger Kollegen waren wir in der Lage, drei verschiedene Vor-träge über Anlageapparate ins Auge zu fassen und zwar kommen dabei Königs Vogenanleger, der „Dug“ und der „Univerfal“ in Betracht. Der theoretische Teil des je-weiligen Vortrags soll als Tagesordnungspunkt in einer Versammlung behandelt werden und nach Möglichkeit eine praktische Vorführung folgen. Anschließend an diese Vorträge soll ein Illustrationsaus-schneidekursus stattfinden. Die Leitung wurde in bewährte Hände gelegt. Der

patentierter Auslegeapparat der Firma Trautmann & Mayer (München) bildete einen Punkt reger Aussprache und ein Artikel über Stahlfundamente für Druckmaschinen zeitigte eine ausgiebige Diskussion. — Mit der Erledigung des „Geschäftlichen“ und einiger Neuaufnahmen begann die zweite Versammlung der Berichtsperiode am 31. August. Kollege Kreiner hatte in anerkennenswerter Weise den Vortrag über Königs Vogenanleger übernommen und verstand es, an Hand einer Zeichnung die aufmerk-sam folgenden Kollegen zu interessieren und mit dem Apparate vertraut zu machen. Am folgenden Montagabend fand die praktische Vorführung in der Druckerei „Lehrlings-haus“ statt. Die große Zahl der Teilnehmer bei der Besichtigung bewies, daß Interesse für derartige Ver-anstaltungen vorhanden ist. Versuchen wollen wir nicht, der betreffenden Firma für ihr bereitwilliges Entgegen-kommen unsern besten Dank abzusprechen. Die Verwen-dung von sogenanntem Gummituch beim Drucke von Autotypen schilderte Kollege Kieger. Die anschließende Diskussion war sehr reger und sachlich. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. — Am 5. Oktober tagte die dritte Versammlung. Verschie-dene Mitglieder wurden neuaufgenommen. Der Vor-sitzende Klöß erläuterte den im nächsten Monate be-ginnenden Illustrationsaus-schneidekursus und eruchte um zahlreiche Beteiligung. Den Vortrag über den Anlage-apparat „Dug“ hielt Kollege Baumgärtner in aus-sprechlicher Weise. Der gependete Beifall am Schluß seiner Ausführungen war der beste Beweis dafür, daß die Versammlung von dem Gehörten vollauf befriedigt war. Genau wie bei dem ersten Vortrage war es uns auch hier vergönnt, den Apparat in der „Mainzer Ver-lagsanstalt“ in Betrieb zu sehen. Dem Kollegen Baum-gärtner wie auch der Firma sei unser bester Dank ab-gestattet. Der Punkt „Technisches“ zeitigte eine Aus-sprache über Streifenbildung beim Drucke von großen Flächen und Autotypen. Es traten verschiedene beach-tenswerte Ansichten in Erscheinung. Der Versammlungs-besuch hat sich im allgemeinen gehoben, könnte aber im eigenen Interesse der Kollegen noch besser sein.

Gau Mecklenburg-Lübeck. Am 6. Oktober fand in Schwerin eine Vertrauensmännerkonferenz statt. Außer dem Gauvorsitzenden, der in seiner Gesamtheit an-wesend war, waren die Vertreter sämtlicher Ortsvereine erschienen. Gauvorsitzer Dañde erstattete einen Bericht von der Gauvorsitzerkonferenz. Der Redner verstand es in fünfteiliger Rede Vorträge, den Delegierten den Gang der Verhandlungen klar vor Augen zu führen. In der sich hieran anschließenden Diskussion, in der nur der Vertreter von Lübeck, Kollege Durach, das Wort ergrieff, erklärte dieser, daß man mit den in Berlin auf-gestellten Richtlinien sich rückhaltlos einverstanden er-klären könne, da alles getan sei, was im Interesse der Gehilfenschaft gelegen ist. Die Konferenz stellte sich auf benelben Standpunkt. Der Bericht über die Tarif-einführung und die Lage im Gau erstattete Kollege Wiedemann. Redner führte aus, daß der Tarif glatt zur Einführung gelangt sei. Nur an zwei Orten, und zwar in Waren bei der Firma Langmat und in Böhm bei der Firma Mattig, seien Differenzen entstanden. Konnte in ersterem Falle die Angelegenheit ohne Aus-stand beigelegt werden, so war dies in letzterem Falle nicht möglich, da Herr Mattig sich allen gültigen Vor-stellungen widersetzte. Weiter ist noch aus dem Berichte hervorzuheben, daß die Durchführung einzelner Bestim-mungen des neuen Tarifs in einigen kleineren Orten noch zu münchigen übrig läßt. Die Firma Schlüter (Gagenow) hat den Tarif anerkannt. Weiter ist noch zu erwähnen, daß in einer ganzen Anzahl von Orten die Lehrlingskassa überschritten wurde, weshalb die tariflichen Instanzen verschiedentlich einschreiten mußten. Aus den Berichten der Mitgliedschaften ist zu entnehmen, daß der Versammlungsbesuch durchgänglich zufrieden-stellend ist. Der nächste Gautag soll nach der Ende Juni 1913 stattfindenden Generalversammlung in Wismar abgehalten werden. Auf Anfrage eines Delegierten bet-reffs des „Korr.“-Artikels „Die Tätigkeitsberichte der Gau-vorstände“ wurde festgestellt, daß in unserm Gau im Jahre 1911 49 Kollegen neu aufgenommen wurden, davon 38 ohne Eintrittsgeld. Es sind also die Neu-ausgeleiteten bis auf eine verschwindende Ausnahme in kleinen Druckorten, wo wir keine Mitglieder haben, alle der Organisation zugeführt. Wenn unsere Mitgliederzahl nur um elf zugenommen habe, so liege dies einerseits in der starken Abwanderung der Kollegen in die Nachbarg-aue, andererseits in der Abwanderung unserer Prinzipals-mitglieder aus dem Verbands; traten doch im Berichtsjah-re sieben Prinzipalsmitglieder aus. Auch die Wir-kungen der Segmalmaschinen machen sich jetzt mehr bemerk-bar. Beispielsweise hatte Lübeck Ende 1909 199 Mit-glieder, 1910: 190, 1911: 195, so daß jetzt der Stand von 1909 noch nicht wieder erreicht ist. Aus den gleichen Gründen ging im Berichtsjahr in Wismar die Mit-gliederzahl von 52 auf 46 zurück. Das Feld ist für uns abgegrast bis auf Kroschok, wo in den Betrieben des Geheimen Kommissionsrats Boldt, Vorstandsmitglied des „tariftreuen“ Arbeitgeberverbandes, noch etwa 60 Mit-glieder besetzt sind. Gauvorsitzer Dañde gab zum Schluß der Verhandlungen einen kurzen Rückblick auf diese und konnte konstatieren, daß in allen Fragen Einmütigkeit geherrscht habe. Darauf schloß er die Sitzung mit einem Hoch auf den Verband.

Stuttgart. (Korrektorenverein.) Die letzten Mo-nate hindurch war, der Bedeutung als Ferienzeit ent-sprechend, das Vereinsleben ruhiger. Im Juli fand an Stelle einer Versammlung ein gemeinsamer Ausflug zur schwäbischen Universitätsstadt Tübingen statt mit Besich-

tigung der dortigen Anatomie, die des Interessanten viel bot. — In der Septemberversammlung wurden einige Neuaufnahmen vollzogen und geschäftliche Ange-legenheiten erledigt. Die bereits auf der Generalver-sammlung im Februar d. J. vorgenommene Stellung-nahme zur Angefallenenversicherung wurde gutgeheißen, dagegen die Entscheidung der Reichsbehörde als recht unklar und zweideutig hingestellt und der Meinung Ausdruck verliehen, daß die Tätigkeit des Korrektors überhaupt keine mechanische sei, sondern ausnahmslos geistige Arbeit verlange, und zwar meistens recht um-fangreiche und anstrengende. Als dann hielt Kollege Göhrig einen Vortrag über: „Die Sprachenden des All-gemeinen Deutschen Sprachvereins“. Der Redner ver-wies auf das umfangreiche sprachliche Material, das in diesen Sprachenden vorhanden sei, in denen man sich in vielen Zweifelsfällen Rat holen könne. Sodann wurden noch einige Artikel aus Fachzeitschriften besprochen. — Am 6. Oktober fand zur Eröffnung der Wintertätigkeit eine Besichtigung der königlichen Landesbibliothek statt, die durch die gebotene Ausstellung alter Drucke sowie die Ausführungen der Führer recht lehrreich verlief. Zu wünschen wäre, daß sich die Mitglieder etwas reger am Vereinsleben betätigten. Insbesondere aber von unsern Vereinen noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu, die Zeichen der Zeit zu beachten und jede sich bietende Ge-legenheit zur Weiterbildung zu benutzen.

Rundschau.

Theodor Bömelburg f. Am 17. Oktober verstarb im Varnbeker Krankenhaus zu Hamburg der erste Vor-sitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes: Theodor Bömelburg. Weit über den Kreis der deutschen Bau-arbeiter hinaus, denen er ein hochbegabter Führer war, ist sein Name in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung bekannt geworden. Bömelburgs Denken und Handeln war allezeit dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse gewidmet. Deshalb wird die Nachricht von seinem Tode, der ihm Erlösung von einem seit Jahresfrist ertragenen düstern Gesicht brachte, überall Teilnahme erwecken, namentlich aber bei den Bauarbeitern. Wie im all-gemeinen gewerkschaftliche Erfolge nicht zuletzt von der geistigen Befähigung und der aufopferungsvollen Tätig-keit derjenigen Männer abhängen, die an verantwortungs-reichen Stellen einer Arbeiterorganisation tätig sind, so haben insbesondere auch die deutschen Bauarbeiter ihrem Theodor Bömelburg vieles zu verdanken. Seit der Beendigung der großen Bewegung im Baugewerbe, die für ihn mannigfache Anstrengungen und Aufregungen mit sich brachte, kränkelte er. Die Anzeichen eines ersten Nerveneidens mehrten sich zusehends. Trotzdem war der wackere Streiter für die Arbeiterfrage nicht zu bewegen, auszuspannen. „Allem Zurecht setzte er die Pflichten entgegen; die er noch zu erfüllen habe.“ Erst als die Verschmelzung des Maurerverbandes mit dem Bauhilfsarbeiterverbande perfekt geworden und die erste Sitzung des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe vorüber war, entschloß sich Theodor Bömelburg, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nacheinander Wies-baden, den Schwarzwald und Thüringen aufzusuchen. Leider war es dafür zu spät. Nach kurzem Aufstade-n kam vor etwa einem Jahre der sechste und körperliche Zusammenbruch, dem nunmehr der Tod gefolgt ist. Nur 50 Jahre waren Theodor Bömelburg beschieden, und doch ist sein Leben ein arbeitsreiches und tatenvolles gewesen. Und obgleich dieses Leben erfüllt war von Armut und Entbehrung in der Jugend, von Unrast und bangen, sorgen-vollen Stunden im Mannesalter, ist es doch ein schönes Leben gewesen, denn es war die Frucht seiner Mühen, es sah Erfolge: ein Vorwärts und Aufwärts für un-geduldige Tausende. Darin liegt der schönste Lohn für einen wirklichen Arbeiterführer und zugleich auch die Gewähr für ein treu bewahrtes Gedächtnis über Grab und Zeit hinaus!

Ein komplizierter Reinsfall. Unserer Nr. 23 von diesem Jahre lag der Prospekt einer Firma Dr. Er-hard, G. m. b. H. in Berlin, bei über das Nerven-kräftigungsmittel „Wismervin“. Es hätte für uns ein Reinsfall werden können, da „Wismervin“, was uns frei-lich bis dahin unbekannt war, eines der Geheimmittel ist, vor dem als Zentralstelle das Berliner Polizeiprä-sidium warnt. Verschiedene Zeitungen und Zeitschriften hatten denn auch die Aufnahme oder das Verleihen von Reklamen der genannten Gesellschaft mit ansehnlichen Geldstrafen zu büßen, obwohl sie ebenfalls aus Unkennt-nis gehandelt haben. Als wir aus verschiedenen Zu-schriften von kollegialer Seite diesen Sachverhalt er-fuhren, wurde in Nr. 26 der „Wismervin“ betreffenden Firma wie der die Reklambefehle an uns vermittelnden Annoncenexpedition ungeduldig die Wahrheit gesagt. Wie das in solchen Fällen fast immer ist, setzte sich der schuldige Teil noch aufs hohe Ross. Dr. Arthur Erhard sandte uns eine preßgesetzliche Verzichtung, mit der er auf umwegen für sein Mittel erstens Reklame enthalten und zweitens uns die liebenswürdige Mitteilung machen wollte, daß wir ihm gerichtliche Verurteilung geben müßten. In Nr. 29 sagten wir dazu das Notwendige, druckten die uns inzwischen verschaffte Warnung des Berliner Polizeiprä-sidiums ab und erwähnten einige Gerichtsurteile wegen Anpreisungen von „Wismervin“. Im übrigen hielten wir uns der reklamebedürftigen Firma bestens empfohlen. Sonderbar berührte es, daß eines Tags ein Kollege mit einem Artikel kam, der für „Wismervin“ nur Gutes be-sagte, während viele andere Aufsätze uns den Stand- (Fortsetzung in der Folge.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 22. Oktober 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 123.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

punkt Narmachten, wie wir „ein solches Mittel“ durch Beilegen eines Prospektes hätten empfehlen können. Wir nahmen jedoch die Ehrenrettung für „Wisnerwin“ nicht auf und bewahrten uns damit jedenfalls vor einem neuen Reinfalle. Dann nahte eines Tags das Verhängnis in Gestalt einer Beleidigungsklage, zu der der „Korr.“ durch seine Notiz in Nr. 26 der G. m. b. H. Dr. Artur Erhard reichlich Veranlassung gegeben haben sollte. Daß eine formale Beleidigung vorliegen könnte, war uns ja klar; aber wir wußten auch, daß nicht wir über den Ausgang des Prozesses uns Sorge zu machen haben würden. Denn einmal war diese Privatbeleidigung angefaßt der ganzen Umstände ein sehr starkes Stück, und zum andern war ein Redaktionsmitglied angeklagt worden, das nicht in Betracht kam, vielmehr damals sechs Wochen krank gewesen war. Das Zupressum beließ darüber gar keinen Zweifel. Der namhafte Berliner Rechtsanwalt, der die Klage geachtet Firma übernommen hatte, muß diesen wichtigen Punkt ganz ungenügend geprüft haben. Unser angeklagter Redaktionskollege teilte dem Gerichtes kurz und bündig mit, daß ihn die Sache einfach nichts angehe. Der eigentliche „Attentäter“ hatte das ruhige Bewußtsein, daß er außer Schußweite sich befand, denn der Turnus mit dem verantwortlichen Zeichen war dormalen nicht an ihm gewesen. Ebenso ruhig sah auch das andre Redaktionsmitglied, das als zeichnendes in Betracht gekommen wäre, der weiteren Entwicklung der Dinge entgegen. Denn bis das gegen den falsch ergriffenen Missetäter eingeleitete Verfahren eingestellt sein konnte, mußte die Klagefrist gegen den preßgesetzlich in Betracht kommenden abgelaufen sein. Und so kam es auch; die klagelustige Firma erlebte einen glänzenden Reinfall, das Verfahren wurde gänzlich eingestellt. Er wurde noch grünlicher, als man mit dem Verwurf, auf Grund eines neueren, günstigeren Gutachtens im „Zeitungsverlag“ über „Wisnerwin“ im „Korr.“ ein zweites Mal zu landen, bei uns ohne weiteres abfiel.

Rückgang der Leistungen. Die Westfälische Verlagsgesellschaft Decker & Co. in Gagen entzog ihrem Personale den seit einer Reihe von Jahren gewohnten Erholungsurlaub. Die erhöhten Tarifsätze sollen eine Gewährung von Ferien angeblich nicht mehr zulassen.

Meisterprüfung. Vor dem Prüfungsausschusse der Handwerkskammer in Münster i. W. bestand Kollege Paul Wofla aus Ohtrop i. W. die Meisterprüfung mit dem Prädikate „Gut“.

Schiffenprüfungen in Berlin. Über die diesjährigen Herbstprüfungen des Prüfungsausschusses der Handwerkskammer ist zu berichten: Es wurden 24 Sitzungen abgehalten und in diesen 144 Exer, 82 Drucker und 12 Stereotypen resp. Galvanoplastiker geprüft. Die Resultate bei den Exern waren: 1 „Recht gut“, 38 „Gut“, 54 „Biemlich gut“, 37 „Genügend“, 12 „Kaum genügend“. Zwei Exer haben die Prüfung nicht bestanden, vor Ablauf eines Jahres kann die Prüfung nicht wiederholt werden. Beide Prüflinge waren nicht infante, eine Zeile Fraktur zu sehen; denn statt β wurde ss usw. gesetzt, die Signaturen in der Fraktur waren nämlich unbenannt! Einer von diesen fünfstelligen erklärte noch, wenn er ein Jahr nachlesen solle, lieber vom Verwurf abgeben zu wollen. Die Drucker erhielten folgende Noten: 5 „Recht gut“, 22 „Gut“, 30 „Biemlich gut“, 23 „Genügend“, 2 „Kaum genügend“. Die Prädikate bei den Stereotypen resp. Galvanoplastikern sind: 7 „Gut“, 2 „Biemlich gut“, 2 „Genügend“, 1 „Kaum genügend“. Leider muß immer wieder konstatiert werden, daß vornehmlich über die mangelhafte Ausbildung in den kleinsten Druckereien zu klagen ist.

Warnung. In den letzten Tagen tauchte in Goldberg (Schl.) wieder einmal der Exer Oskar Niediger, aus Hirschberg gebürtig, auf und suchte in einer dortigen Druckerei Stellung zu erlangen. Er ist im vorigen Jahre wegen Nesten sowie wegen Diebstahls aus dem Verband ausgeschlossen worden. Auch hat er mehrere hiesige Kollegen um Geldbeträge betrogen. Während des Sommers reist er mit Schaustellern umher, nur während des Winters greift er zur Kunst. Da er auch anderwärts seine Schwindelkünste versuchen wird, so seien alle Kollegen vor ihm gewarnt. Er bedient sich mit Vorliebe der Unsauberkeit und ist in einer kraftreichen Druckerei in Breslau gearbeitet und sich dort zum Verbandsmitglied gemeldet habe; die Veröffentlichung im „Korr.“ hätte nicht erfolgen können, weil er wegen Arbeitsmangel entlassen worden sei.

Über Schreiber-Gärten. In der Gewerkschaftspresse kann man häufig Artikel finden, die sich mit der Errichtung von Gärten nach dem Schreiberischen Systeme, mit der Gartenfachbewegung und mit noch höher fliegenden Plänen befassen. Im „Korr.“ wurde dieses Kapitel ebenfalls von verschiedenen Seiten beleuchtet. Gartenstädte und Siedlungsgenossenschaften werden zwar noch für geraume Zeit Zukunftsprojekte bleiben, aber Schreiber-Kolonien, die sich die Anlage von Familiengärten an-

gelegen sein lassen, dürfte es heute wohl schon in fast allen Gegenden Deutschlands geben. Ohne Zweifel wird durch die liebevolle Pflege dieser zahlreichen Gärten und bei einigem Geschick namentlich der Gemüsebau ungemein gefördert. Schmunzelnd sieht man denn auch im Herbst die Gartenpächter den reichen Erntesegen an Gartenerzeugnissen aller Art nach Hause schaffen. Natürlich hat die Erringung solchen Erfolges viel Mühe gekostet, und gar mancher unter den Gartenpächtern hat über der vielen Arbeit, die sein Garten erforderte, vielleicht seine Pflichten vergessen, die er der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber hinsichtlich des Versammlungsbesuchs usw. hat. Deshalb scheint es gewiß notwendig, eine Mahnung weiterzugeben, die zurzeit hier und dort in der Arbeiterpresse auftaucht. Darin werden die Säumnigen, nachdem sie ihr „Heu ins trockene“ haben, nachdrücklich daran erinnert, unter dem Gemüsebau nicht den Bau des gewerkschaftlichen Zukunftsgebäudes leiden zu lassen. Diese Mahnung verdient in den Reihen der Buchdrucker ebenfalls Verheerung.

Bundesrat und Fleischsteuerung. Der Bundesrat soll seine Zustimmung zu einem Gesetze gegeben haben, durch das ihm die Berechtigung erteilt wird, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Auslande für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 103 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erlassen, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 oder 27 Mt. der Zollsatz von 18 Mt. für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird. Die Zustimmung des Reichstags soll nachträglich eingeholt werden. Damit, daß der Zoll auf Fleisch bis zum 31. März 1914 auf 18 Mt., wenn auch unter den bekannten Einschränkungen, ermäßigt wird, gibt die Regierung selbst zu, daß der gegenwärtige Notstand nicht vorübergehender Natur ist.

Gewerbegerichtswahlen. Bei den Gewerbegerichtswahlen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk kommt die große Zerplitterung, die in der dortigen Arbeiterkreise — sehr zum Schaden der ganzen Arbeiterbewegung — herrscht, recht drastisch zum Ausdruck. So wurden bei der Gewerbegerichtswahl in Dortmund abgegeben: für die freien Gewerkschaften 2472, die christlichen 1450, die Hirsch-Dunderföhen 276 und die Selben 312 Stimmen. An Weisigern entfielen auf die freien Gewerkschaften 10, die christlichen 6, die Hirsch-Dunderföhen 1 und die Selben, die zum erstenmal an der Wahl teilnahmen, 1 Stg. Diesen letzteren ergatterten die Selben von den Hirsch-Dunderföhen, während im übrigen die Verteilung die alte ist. Außerdem erhielten die freien Gewerkschaften noch 2 Weisiger der Unternehmerliste. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse in Duisburg, wo die Freigewerkschaftler 23804 Stimmen und 8 Weisiger, die Christlichen 26472 Stimmen und 11 Weisiger, die Hirsch-Dunderföhen 15182 Stimmen und 8 Weisiger und die Polen 3993 Stimmen mit 3 Weisigern erhielten. Die Hälfte dieser Parteigruppierungen wäre für die Arbeiter eigentlich schon zu viel! — Bei der Gewerbegerichtswahl in Viebich a. Rh. wurden für die freien Gewerkschaften 1199 Stimmen abgegeben; sie erhielten 9 Stge. Die christlichen Gewerkschaften erhielten mit 292 Stimmen 1 Stg. Bei der Wahl vor drei Jahren entfielen auf die freien Gewerkschaften 955 und auf die christlichen 172 Stimmen.

Anstellungsverhältnisse der Ortskrankenkassenbeamten. Nach der vom Zentralverbande der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich aufgenommenen Statistik über die Anstellungsverhältnisse und Gehaltsverhältnisse bei 220 Ortskrankenkassen hatten diese 2877 Angestellte und 2387569 Mitglieder. Es kommen somit auf einen Angestellten im Durchschnitt 830 Mitglieder. Bei den Kassen, die nur die eignen (Krankensicherungs-) Geschäfte betragen, entfallen aber auf einen Angestellten 973 Mitglieder, dagegen bei den Kassen, die gleichzeitig auch die Eingehung der Invalidenversicherungsgeschäfte betragen, nur 652 Mitglieder. Auffällig ist, daß allgemein bei kleineren Kassen mehr Mitglieder auf einen Angestellten entfallen als bei den großen. Das hat seinen Grund darin, daß mit dem Umsatze der Kasse die Erledigung der Geschäfte komplizierter wird und bei den großen Kassen auch die Kasseneinrichtungen durch die Vervielfachung heimischer usw. viel vollkommener ausgebaut sind und somit mehr Arbeitskräfte erfordern. Auf 100 Beamte entfallen 12,6 leitende Beamte (Beamten usw.), 74 Verwaltungsbeamte, 12,9 Hilfsarbeiter, 0,4 Gehilfen. Die Arbeitszeit beträgt bei 28 Kassen 5—7 1/2 Stunden, bei 180 Kassen 8 Stunden und bei dem Rest bis 9 1/2 Stunden. Besondere Dienstvorschriften (Dienstordnungen) besitzen bei einem Drittel der Kassen. 72 Kassen, also auch rund ein Drittel, haben Pensions- und Hinterbliebenenfürsorge getroffen. Einzelne Kassen gewähren Ruhegehalt nicht für

alle, sondern nur für einzelne Angestellte. Die Aufstellungen über die Gehaltsverhältnisse sind sehr kompliziert. Die übergroße Mehrzahl der Beamten, nämlich 87 Proz., hatte ein Einkommen von 1300 bis 1700 Mt. Das Mindestgehalt ist für die festangestellten Beamten laut der bestehenden Tarifgemeinschaft zwischen den Kassen und ihren Angestellten selbst auch in den kleinsten Orten 1000 Mt., in den Großstädten 1300 Mt.

Zur Streitjustiz im Ruhrreviere. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dortmund gemeldet wurde, hat der preussische Justizminister die Akten von einer Reihe von Streitprozessen eingefordert. Es handelt sich besonders um solche Prozesse, in denen die gefällten Urteile auf große Bedenken der öffentlichen Meinung gestoßen sind. So u. a. am den bekannten Fall, in dem ein Streikreder verurteilt worden war, weil er einem Arbeitswilligen die etwas mysteriösen Worte zugerufen hatte: „li, ui, wau, wau, pau, pau!“ Die Latzache der Einforderung von Akten durch den Justizminister wurde gerichtlich bestätigt, indem ein Beurteiler auf den Wunsch nach Einsichtnahme in die Akten dahin beschiedenen wurde, daß die Akten nach Berlin geschickt worden seien.

Vom Bureaucratismus. Einer durch Jahrhundert hindurch geübten Methode der Bureaucratie geht es an den Kraken. In einer Eingabe an den Reichskanzler ersuchte der Deutsche Kangleibeamtendbund um eine Vereinfachung des bisher üblichen Arbeitssystems, das sich folgendermaßen darstellt: „Jedes bei der Behörde entstandene Schriftstück, von dem eine Reinschrift oder Abschrift zu fertigen ist, geht durch die Registratur und wird dann der Kanglei zum Eintragen in das Tagebuch überwiesen. Dann geht das oftmals kaum zehn Zeilen umfassende Schriftstück an einen besondern Beamten, der die Silben- und Zeilenzahl festzustellen hat, worauf es der Kangleibeamte zur Abschrift erhält. Vorher jedoch hat der Beamte einen Arbeitszettel mit Angabe der „Vortage“ und der von ihm ermittelten Zeilenzahl zu versehen. Nach Herstellung der Reinschrift geht diese wieder an einen besondern Beamten zum „Nachzählen“. Dann erhält die „Gesehelle“ das Schriftstück, um es auf seine Richtigkeit hin zu prüfen, und hierauf wandert es wieder zur Kanglei und zum Eintragen aus dem Tagebuch“. Es ist einfach erstaunlich, mit welchen Umständenlichkeiten die jetzige Methode zu rechnen hat, und man wird den Petenten als Männern vom Grade wohl Glauben schenken dürfen, wenn sie darauf hinweisen, daß eine Vereinfachung des Verwaltungsapparats auf eine wesentliche Verbilligung des ganzen Betriebs hinausläuft. Sie berechnen die zu erzielende Ersparnis für die Reichsverwaltung auf 600000 Mt., während der preussische Staat sogar viele Millionen: pro Jahr gutzumachen in der Lage sein soll. Bevor das eintritt, werden freilich die Bureaucratenzöpfe noch in heftige Bewegung geraten.

Sprachreinigung. Zu dem Vorentwurf eines deutschen Strafgesetzbuchs hat der Allgemeine deutsche Sprachverein eine Reihe von Änderungsvorschlägen des dem gewöhnlichen Straßensprache so ungeläufigen „Juristendeutsch“ gemacht. Darauf wurde dem Vereine jetzt mitgeteilt, daß der Staatssekretär mögliche Berücksichtigung der Verbesserungsvorschläge bei den Arbeiten an der Strafrechtsreform angeordnet habe.

Ausperrung. Die von den Glasindustriellen in Fürth den organisierten Arbeitern angebotene Ausperrung ist am 16. Oktober in Kraft getreten. Bisher wurden etwa 600 Arbeiter davon betroffen, so daß mit den streikenden Arbeitern der Spiegelglasfabrik Wiederer über 1000 Arbeiter arbeitslos sind. Einigungsverhandlungen sind im Gange.

Gewerkschaftsnachrichten. Der Streik der Schweißweber in den Leppichweberien in Hlsnig i. W. hat sich bedeutend verschärft. Als die große Firma Koch & te Kock infolge Materialmangels gezwungen war, Leppichweber zu entlassen, wollte sie eine Auslese unter letzteren halten. Namentlich auf die Entlassung der Organisierten war es abgesehen. Die Folge dieser Maßnahme war, daß am 15. Oktober etwa 1400 Weber die Arbeit niederlegten. Bereits am Tage zuvor waren 200 Leppichweber der Firma Schenk, Schmidt & Deutler in den Ausstand getreten. — Die Tarifbewegung der Steinbildhauer in München scheint auch erste Bewältigungen im Gefolge zu haben. Die Arbeitgeber lehnten es ab, in Tarifverhandlungen einzutreten. In einem Schreiben an das Gewerbegericht führten sie aus, die Bildhauergehilfen seien mit den bestehenden Arbeits- und Lohnverhältnissen zufrieden und auch den Arbeitgebern sei daran gelegen, dieses Verhältnis dauernd zu erhalten. Weiter behaupteten sie, daß die überwiegende Mehrzahl der in München beschäftigten Steinbildhauer von der Unbahrung von Tarifverträgen keine Kenntnis habe, und daß diese Unbahrung ohne Wunsch und Willen der Bildhauergehilfen geschehen sei. Die Arbeitgeber dürften bald eines Besseren belehrt werden.

